

Absender
Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB)

Drucksachen-Nr.

0155/2010

öffentlich

Antrag

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB)

zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 25.03.2010

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 01.03.2010 zur Prüfung der Umsetzbarkeit eines soziodemografischen Vielfältigkeitsmanagements auf allen Ebenen der Verwaltung

Inhalt:

Mit Schreiben vom 01.03.2010 beantragt die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), der Rat möge die Verwaltung mit der Prüfung beauftragen, wie ein soziodemografisches Vielfältigkeitsmanagement (sog. „Diversity-Management“) auf allen Ebenen der Verwaltung umgesetzt werden kann. Hierbei sollen sowohl rechtliche Möglichkeiten geprüft, als auch personalpolitische Aspekte beleuchtet werden.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Gemäß § 1 Absatz 2 Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Gemäß § 5 Absatz 1 Ziffer 1 Zuständigkeitsordnung berät der Haupt- und Finanzausschuss „Personalangelegenheiten, soweit nicht die Bürgermeisterin/der Bürgermeister zuständig ist“.

Außerdem wird gemäß § 6 Absatz 5 Zuständigkeitsordnung der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann in Angelegenheiten anderer Ausschüsse so rechtzeitig gehört, wenn diese spezifische Interessen von Frauen und Mädchen berühren, dass die Stellungnahme dieses Ausschusses in die Beratung einfließen kann. Er wirkt bei allen gleichstellungsrelevanten Vorhaben und Maßnahmen anderer Ausschüsse mit und überprüft sie hinsichtlich ihrer Geschlechtergerechtigkeit.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeiten eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen (§ 12 Absatz 1 Geschäftsordnung).

Entsprechend dieser Regelung schlage ich vor, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) ohne Aussprache zur Beratung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann sowie an den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen.